

Tarifrunde 2023: Arbeitgeber verhöhnt Beschäftigte mit Scheinangebot

Die EVG sieht in den vom Arbeitgeber vorgelegten Unterlagen keinerlei Grundlage, um in Verhandlungen einzutreten. „Das Papier, das uns am späten Dienstagabend endlich vorgelegt worden ist, verdient den Namen Angebot nicht, das brüskiert unsere Kolleginnen und Kollegen und das ist inakzeptabel“, sagt EVG-Verhandlungsführer Kristian Loroach.



Kristian Loroach und Cosima Ingenschay am Dienstag auf der Protestveranstaltung

„Die Deutsche Bahn hat es bewusst unterlassen, den schwelenden Konflikt zu entschärfen. Stattdessen provoziert sie mit nicht annehmbaren Vorschlägen“, kritisierte Loroach. So werde beispielsweise vollmundig ein „rechnerischer Bahn-Mindestlohn“ in Höhe von 13 Euro angeboten, der allerdings frühestens im August 2024 wirksam werden soll. „Bei genauer Betrachtung entpuppt sich das als Taschenspielertrick, da der Stundenlohn für die betroffenen

Kolleginnen und Kollegen zu Beginn der eigentlichen Tarifverhandlungen in der Lohntabelle nach wie vor nicht die gesetzlich vorgeschriebenen 12 Euro beträgt,“ so der EVG-Verhandlungsführer. „Das war aber eine der Grundvoraussetzungen, um in Verhandlungen einzutreten, weil alle zu vereinbarenden Lohnerhöhungen sonst angerechnet und für die Betroffenen nur eingeschränkt wirksam werden würden. Das ist schäbig und eine Frage der Haltung. Für uns ist das ein Schlag ins Gesicht all derer, die bei der Bahn sowieso schon am schlechtesten verdienen.“

Warum die Bahn das Junktim der EVG nun schon zum zweiten Mal missachte, sei völlig unverständlich. „Offensichtlich ist man der Auffassung, unsere Forderungen ignorieren zu müssen und meint, unannehmbare Gegenforderungen aufmachen zu können. Die Deutsche Bahn trägt mit diesem unangemessenen Verhalten dazu bei, dass Warnstreiks unausweichlich werden“, betonte Loroach. Eine Entscheidung hierzu werde seitens der EVG aber frühestens am 23.3.2023 getroffen, ergänzte Cosima Ingenschay, die für die Tarifpolitik der EVG ebenfalls verantwortlich ist.

„Auch zur Frage der Struktur und der Ost-West-Angleichung hat es nichts gegeben, was als ernstzunehmendes Angebot erkennbar gewesen wäre. Die Mitglieder der Tarifkommission haben das vermeintliche Angebot des Arbeitgebers deshalb einstimmig zurückgewiesen. Die Voraussetzungen, in Verhandlungen eintreten zu können, sind in keinster Weise erfüllt“, so Kristian Loroach.

Die Deutsche Bahn habe jetzt Gelegenheit, zur zweiten Verhandlungsrunde am 24./25. April 2023 ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Bis dahin würden die Gespräche vertagt. In der Zwischenzeit werde die EVG mit den anderen Unternehmen verhandeln, für die die zentralen Forderungen ebenfalls beschlossen worden seien.

„Mir ist völlig unverständlich, wie die DB AG auf den Gedanken gekommen ist, mit dem, was uns auf knapp drei Seiten vorgelegt wurde, die Grundlage für ‚tarifvertragliche Lösungen im Sinne eines Gesamtpakets zu schaffen‘, wie es am Ende des Papiers heißt“, so Loroach. Statt der geforderten Laufzeit von zwölf Monaten, seien inakzeptable 27 Monate angeboten worden, insgesamt sollen die Löhne nur um 5 %, statt um 12 Prozent steigen und auf die, der EVG sehr wichtigen soziale Komponente von 650 Euro mehr im Monat, sei überhaupt nicht eingegangen worden. Stattdessen wurde eine Einmalzahlung von insgesamt 2.500 Euro angeboten. „Das haben wir gar nicht gefordert und der Arbeitgeber weiß genau, dass die Kolleginnen und Kollegen eine solche Zahlung nicht wollen, weil diese nicht nachhaltig ist und am Ende einfach verpufft“, so der EVG-Verhandlungsführer.

Zudem sei die in zurückliegenden Tarifrunden schwer erkämpfte Möglichkeit, zwischen mehr Geld, mehr Urlaub oder einer Arbeitszeitverkürzung wählen zu können, ebenso infrage gestellt worden, wie bewährte Arbeitszeitmodelle. Gleichzeitig würden längere Arbeitszeiten gefordert. Bei den Busgesellschaften sollen sich die Löhne auch künftig regional unterschiedlich am möglichst niedrigsten Niveau orientieren, um angeblich wettbewerbsfähig bleiben zu können. Damit wird der Wettbewerb weiterhin auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Und im Bereich von Sicherheit und Gebäudereinigung wolle sich die Bahn nunmehr an „allgemeinverbindlichen, branchenspezifischen Tarifverträgen“ orientieren, die in Gänze oftmals nicht das Niveau der Tarifverträge erreichten, die mit der EVG abgeschlossen wurden.

„Das primäre Ziel scheint zu sein, die Tarifrunde zu nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu verbessern. Wie die Löhne der Beschäftigten in diesen schwierigen Zeiten verbessert werden sollen, spielt in den Überlegungen der DB AG offensichtlich keine Rolle. Das ist für uns völlig inakzeptabel, so geht man mit seinen Mitarbeitenden nicht um“, kritisierte EVG-Tarifvorstand Kristian Loroach.

Die EVG scheue sich nicht vor einer harten Verhandlungsrunde. „Wir sind da sehr klar aufgestellt. Diesmal geht es um deutlich mehr Geld. Das ist die zentrale Forderung unserer Tarifkommissionen und die werden wir durchsetzen - bei der Deutschen Bahn, wie auch bei allen anderen Eisenbahn- und Verkehrsunternehmen“, stellte EVG-Tarifvorstand Cosima Ingenschay abschließend fest.

Downloads



Aushang

(PDF, 324.41 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user_upload/23-03-16_Info_Tarifpolitik_-

_DB_AG_Schiene___Bus_-

_Arbeitgeber_verhoeht_Beschaefigte_mit_Scheinangebot.pdf)